

An American Newspaper which stands for American ideals and principles - published in the German language for American citizens who read German

Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 6, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang. Omaha, Neb., Freitag, den 21. Februar 1919. 8 Seiten. Nr. 207

Spartakusleute treiben es toll

Werden jedoch von Regierungstruppen zu Paaren getrieben; 120,000 Streiker im Ruhrgebiet; Regierung pessimistisch

Dankestruppen in Berlin in Hotels einquartiert

Kopenhagen, 21. Feb. — Eine Berliner Depesche besagt, die Alliierten drohen, die im Ruhrgebiet befindlichen Kohlengebiete zu besetzen, sollte der Streik der Spartakusleute einen Kohlenmangel auf dem westlichen Kontinent herbeiführen.

Weimar, 21. Feb. — Die deutsche Regierung ist über die Lage der Dinge im Rheinland besorgt, weil die Spartakusleute und andere Radikale sich mit dem Vorhaben, sofort soziale Reformen einzuführen, nicht zufrieden geben. Man fürchtet, daß es zum Kampfe kommen wird.

Am Haag, 21. Feb. — Im Ruhrgebiet ist es wieder zwischen Aufständischen und Regierungstruppen zum Kampfe gekommen; so melden aus Essen eingetroffene Depeschen. Mehr Truppen sind nach dem Schenckplatz der Kämpfe abgegangen. Es heißt, daß 35 Bergwerke infolge des Streiks geschlossen sind.

Berlin, 19. Feb. (Berzögert.) — Vier eingetroffene Meldungen besagen, daß der allgemeine Streik in verschiedenen Teilen des Landes an Ausdehnung gewinnt. Bei einem Aufstand der Spartakus in Hannover wurden acht Personen getötet und viele verwundet. Auch in Elberfeld, Gelsenkirchen und Saarbrücken kam es wieder zu Demonstrationen. In Braunschweig drangen 100 Besatzungstruppen in das Parlamentengebäude ein, zerstörten das Mobiliar und begruben den Präsidenten der Körperlichkeit unter den Trümmern. Zwei volle Stunden lang dauerten die wütenden Szenen; alle Mitglieder des Parlaments flüchteten.

Basel, 21. Feb. — Aus hier eingetroffenen Depeschen geht hervor, daß die Unruhen in Deutschland im Zunehmen begriffen sind. Nachdem die Spartakus, so heißt es, die Bahnverbindung zwischen Elberfeld und Spa unterbrochen hatten, trafen Regierungstruppen in Elberfeld ein und vertreiben die Aufständischen; 17 der Letzteren wurden getötet und 38 verwundet. Spartakus besetzten Bayreuth und zwangen den Bürgermeister, zu resignieren. Regierungssoldaten sind südlich von Lippe und östlich von Bochum konzentriert worden.

Berlin, 21. Feb. — Vier eingetroffene Depeschen besagen, daß 60 meuternde, mit Handgranaten versehene Motoren das Regierungsgelände in München angriffen, aber von Regierungstruppen vertrieben wurden.

Bern, 21. Feb. — Die kommunistisch gesteuerten Kohlenräder im Ruhrgebiet haben beschloffen, nicht eher zur Arbeit zurückzukehren, bis die gegenwärtige deutsche Regierung gestürzt ist. 120,000 Mann befinden sich am Streik. So meldet die Frankfurter Zeitung.

Frankreich und Belgien erhalten Eigentum zurück.

Basel, 21. Feb. — Die deutsche Nationalversammlung hat beschloffen, das industrielle Material, das von Frankreich und Belgien nach Deutschland geschleppt wurde, wieder zurückzugeben. So lautet eine Depesche aus Weimar.

Krieg gegen Polen eingestellt.

Berlin, 20. Feb. (Berzögert.) — In Uebereinstimmung mit den neuen Waffenstillstandsbedingungen sind die Feindseligkeiten gegen die Polen eingestellt. So wird offiziell gemeldet.

Prinz Joachim verhaftet.

Kopenhagen, 21. Feb. — Einer Münchener Depesche zufolge soll Prinz Joachim, jüngster Sohn des Kaisers, in Belgien verhaftet worden sein.

Die Junker heftig angegriffen.

Weimar, 21. Feb. — Die weibliche Abgeordnete Frau Marie Zisch, von den Mehrheitssozialisten in Berlin erwählt, hielt ihre erste Rede und übertrug ihre Zuhörer mit einem heftigen Angriff auf von Rosadowitz-Belmer und die übrigen konservativen Delegaten. Sie sollte den Anforderungen des Sozialismus, Deutschland eine stabile Regierung zu geben, hohes Lob. Sie an den

„Wildeste Kampfgeschichte in einer Großstadt“

Schwerverwundeten geborgen hatten. Ein weiterer Mordanschlag ins Hintertreffen. 1000 Handgranaten und 1200 Gewehre im „Vorwärts“ gefunden. Schwere Minenwerfer gegen dieses Gebäude gebraucht. Spartakisten plünderten.

Weiteres über die tollen Szenen in Berlin beim letzten Spartakus-Aufstand—1000 Handgranaten, 1200 Gewehre im „Vorwärts“ gefunden. Schwere Minenwerfer gegen dieses Gebäude gebraucht. Spartakisten plünderten.

(Aus der „Neue Züricher Zeitung“)

Berlin, 12. Jan. — Allmählich dringen Einzelheiten aus dem noch immer in weitem Vogen dicht abgeklärten Zeitungsgebiet, in welchem bis Sonnabend nachmittags noch nicht alle in Betracht kommenden Zeitungsgebäude in der Hand der Regierungstruppen waren. Bis jetzt hört man nur, daß der „Vorwärts“ und das „Alltagsblatt“ eingenommen, letzteres erst heute Samstag am Spätnachmittag, ebenso Hauptteil der großen Vögelerschen Druckerei; dagegen wurde am das Wolffsdruckerei noch besetzt gekämpft, und der mit dem Woffehaus gestern abend abgelassene Woffehaus, die der Belagerer, ohne Wissen der Regierung abgelassen, wurde von letzterer nicht anerkannt, so daß neue Truppen heute früh den Kampf wieder aufnehmen. Wie es um Scheerfeld, war gänzlich unbekannt. Dagegen liegen umfangreiche Berichte über die Eroberung des „Vorwärts“, die ein Stück widerster Kampfgeschichte innerhalb einer sonst friedlichen Großstadt darstellt. Der Kampf währte von gestern nachmittags 4 Uhr bis heute vormittags 11 Uhr und wurde mit Geschützen, Gewehren, Handgranaten, Maschinengewehren und Minenwerfern äußerlich und innerhalb der Häuser, unten auf den Straßen und oben auf den Dächern geführt.

Gerade wie im Kriege.

Den Ausschlag gaben schließlich Minenwerfer, unter deren entsetzlicher Wirkung die Vorderfront des Hauses zerbrach und ein Hinterfüßel teilweise vernichtet wurde. Am Freitag nachmittag begannen zuerst die Vorpostengefechte, als im Umkreis von mehreren Kilometern das ganze Zeitungsgebiet hermetisch durch Truppen abgeperrt wurde. Sobald die Belagerung des „Vorwärts“ und deren Umbau in den anderen Stadtvierteln diese Vorbereitungen bemerkten, brachen sie mit schweren Kanonen und Panzerautos durch und führten den Belagerern noch eiligst Proviant, Munition und benötigte Verstärkungen zu. Gegen 8 Uhr abends war die Sperrung vollständig. Zugleich aber hatten die Belagerer ihre Vorposten die ganze Lindenstraße vom „Vorwärts“ aus an die Zeitschriften bis zum Galleschen Tor vorgeschoben, und dieses, welches die spätere Einfallsporte darstellte, besetzt. Hier entspann sich der erste schwere Kampf mit den von der Vögelers-Allianz her über den Spreekanal und die Vögelersbrücke anrückenden Truppen, die bisher in der Dragonerkaserne nahe dem Kreuzberg verborgen gehalten. Erst nachdem die Geschütze und Minenwerfer in Tätigkeit getreten, vernichteten die Gardebataillonen zwischen den beiden flankierenden Lorgebäuden einzudringen.

Maschinengewehre auf Dächern.

Nun galt es, den dahinter liegenden Vögelers-Allianzplan zu erobern, was auf den Hausdächern und in den Gassenpartakistischen Maschinenabwehrstellungen sich wütend vorbereitete. Endlich waren die Angreifer im Vorankommen von anderen näheren Truppen her ebenfalls über die Dächer hinweg den Aufständischen auf den Leib gerückt und hatten sie vom Vögelers-Allianzplan soweit weggedrängt, daß die Regierungstruppen unten den Platz und oben die Dächer beherrschten. So dann wüdete der Kampf von Haus zu Haus die ganze Lindenstraße entlang.

Schwerverwundeten in Steltern.

Ein Stoßtrupp der Potsdamer Gardebataillone hatte sich, gebett durch Maschinenabwehrfeuer, bis zum „Vorwärts“-Haus durchgearbeitet und forderte dessen Uebergabe, die sofort bewilligt wurde. Darauf traten, nachdem es hell genug zum Zielen geworden, zwei schwere Minenwerfer in Tätigkeit, die insoweit auf dem Vögelers-Allianzplan aufgestellt waren, gleich der erste Wurf war ein Treffer auf das Dach des Vorderhauses des „Vorwärts“ und bald bis zum Keller durch, wo die Verteidiger ihre

Bill für Kontrolle der Pfarrschulen wird sicher angenommen

Die Burney Bill, die alle Pfarr- und Privatschulen unter vollständige Kontrolle des Staates stellt, einstimmig zur dritten Lesung bearbeitet. Die Vorlage betreffs des Sprachunterrichts kommt nächsten Montag zur Debatte. — Heute findet ein Kautus der Delegaten von Douglas County statt, in welchem alle fremdsprachigen Kirchengemeinden Omahas Gerechtigkeit fordern werden.

Die Burney Bill, die alle Pfarr- und Privatschulen unter vollständige Kontrolle des Staates stellt, einstimmig zur dritten Lesung bearbeitet. Die Vorlage betreffs des Sprachunterrichts kommt nächsten Montag zur Debatte. — Heute findet ein Kautus der Delegaten von Douglas County statt, in welchem alle fremdsprachigen Kirchengemeinden Omahas Gerechtigkeit fordern werden.

Lincoln, 21. Feb. — Donnerstag vormittag fand im Abgeordnetenhaus der Legislatur eine der wichtigsten Debatten in dieser Sitzung statt. Es handelte sich um die Burney Bill, Hausrolle No. 64, welche die Pfarrschulen der vollständigen Kontrolle des Staates unterstellt. Die Hauptbestimmungen der Bill sind: Alle Privat- und Parochialschulen und alle Lehrer, die darin Unterricht geben, sollen unter die Kontrolle der allgemeinen Schullage dieses Staates kommen, soweit diese Grade anbetreffen, die Sorte der Lehrbücher, die Ausstattung und Vorräte, die Qualifikation und Zertifizierung der Lehrer, die Beförderung der Schüler, und die allgemeine Kontrolle durch die Staats-County- und Stadt-Superintendenten der öffentlichen Schulen.

Nach heftigen Kampf wurde nur ein Amendement zur Vorlage angenommen, darin bestehend, daß die Lehrer der Pfarrschulen Gelegenheit erhalten, ihre Zertifikate bis zum 1. September 1919 zu erlangen.

Die Stimmung des Hauses ging gleich zu Anfang der Debatte durch die einstimmige Verwerfung des Amendements hervor, welches die Katholiken eingereicht hatten; ebenfalls durch die Verwerfung eines Amendements, das Sturmbesuch eingereicht hat. Sturmbesuch ergreift die Gelegenheit, um eine glänzende Verteidigungsrede für die Pfarrschulen zu halten, besonders verteidigte er den Patriotismus derselben. Es mußte aber alles nichts. Das Haus vor keinen Argumenten zugänglich. Aufstehend hatte man sich im Voraus fest entschlossen, auf kein Argument gegen die Bill zu hören.

Reynolds von Douglas County vertritt in der Nachmittags-Sitzung ein Amendement durchzubringen, das die Vorschriften bezüglich der Lehrbücher milderte, aber auch er drang nicht durch.

Crawford von Cherry County wollte den Lehrern mehr Zeit gegeben haben, um ihre Zertifikate zu erlangen, aber sein Amendement wurde nicht einmal unterfüttert.

Das von den Katholiken unterbreitete Amendement wurde gleich zu Anfang der Debatte von Vance von Adams County eingereicht, Brynne von Franklin County war der erste, der diesem Amendement opponierte. Er behauptete, das Komitee habe die Sache wohl erwogen und jetzt das Amendement anzunehmen, heiße die Redlichkeit der Mitglieder des Erziehungsausschusses angreifen. Er sagte, die Leute, die dieses Amendement eingereicht haben, wollen kein Gesetz, sie wollen nur Politik.

Maurer von Gage County wollte Statistiken verlesen, bezüglich der Vorlage, doch hat ihm das Haus diese Gelegenheit verweigert, indem man ihn flüchtig zur Geschäftsordnung nahm.

Weske von Dole County forderte die Annahme der Vorlage mit den Worten: „Das Komitee hat gute Amerikanisierungsarbeit getan. Laßt uns dieselbe bestärken.“

Kurz vor Schluß der Debatte beantragte Follett, die Vorlage an das Komitee zurücküberweisen, um weiter beraten zu werden. Dieser Antrag wurde mit 72 gegen 10 Stimmen verworfen. Das zeigte, woher der Wind wehte, und als der Antrag zur Abstimmung kam, die Bill zur dritten Lesung zu beordern, gleichbedeutend mit ihrer Annahme, wurde derselbe einstimmig angenommen. Die Vorlage wird wahrscheinlich Samstag morgen zur Annahme kommen.

Das Haus sollte sich Donnerstag auch mit der Sprachvorlage, Senate Bill No. 24, befassen, der bekannten Simon Bill, die allen fremdsprachigen Unterricht verbietet, doch nahm die Debatte über die Schulvorlage alle Zeit in Anspruch. Der Abgeordnete von Douglas County beantragte deshalb, diese Vorlage nächsten Montag zum Spezialgesetz zu machen.

Deutschland soll alle Kriegskosten zahlen

Dieses Verlangen stellen die alliierten europäischen Großmächte; Präsident Wilson opponiert diesem Plan

Herr Wilson wird Dienstag in Washington sein

Paris, 21. Feb. — Vertreter der alliierten europäischen Großmächte haben eine gemeinsame Erklärung an den Präsidenten Wilson, an Bord des George Washington, gebracket, wonach Deutschland und dessen Verbündeten sämtliche Kriegskosten zu bezahlen haben. Herr Wilson hatte diesem Vorstoß, als er im Obersten Kriegsrat zur Sprache kam, opponiert und erklärt, daß es unmöglich sei, eine derartige hohe Summe zu bezahlen und daß die Waffenstillstandsbedingungen jener Vorstöße, die nur der angerichtete Schaden vergütet werden soll.

Die Alliierten behaupten, daß dies eine falsche Auffassung der Waffenstillstandsbedingungen sei. In Wirklichkeit fordern die Vertreter der Großmächte den Präsidenten auf, diese Frage endgültig zu entscheiden. Die Ansicht der amerikanischen Delegaten geht dahin, daß die von Deutschland und dessen Verbündeten zu entrichtende Summe, die sie in einer möglichen Reihe von Jahren zu zahlen imstande sind, auferlegt werden soll. Das soll dann die Grundlage zur Beilegung der Geldschindfrage bilden. Der Präsident und die übrigen amerikanischen Delegaten opponieren einer Festschließung Deutschlands durch eine enorme Schuldenlast, die zu bezahlen es nicht innerhalb 50 vielleicht nicht in 100 Jahren fähig wäre.

Das deutsche Volk würde dadurch verflucht werden; die Ansicht der amerikanischen Delegaten geht dahin, daß Deutschland binnen zehn oder fünfzehn Jahren die Entschädigungssumme bezahlen soll.

Belgien, so heißt es, sieht auf Seiten Amerikas. Diese Frage wird als die schwierigste betrachtet, mit welcher sich die Konferenz zu befassen hat. Ist dieselbe erst mal beigelegt, dann dürfte man sich auf alles andere verhältnismäßig leicht einigen.

Die Frage der deutschen Wehrkraft. Die Frage, ob man Deutschland erlauben solle, Männer weiter zum Militärdienst auszubilden, und dieselben für den Kriegsdienst weiter auszubilden, wird wahrscheinlich vom Rate der Liga der Nationen bestimmt werden, wie auch die ganze Frage der Militärpflicht, und des Verweidens von Landbooten im Krieg und der Flotten der Welt im allgemeinen. Eine Bestimmung, welche wahrscheinlich unter Artikel 12 der Konstitution der Liga der Nationen geregelt wird ist die Aufhebung der Militärpflicht für Deutschland für eine Zeit von wenigstens zehn Jahren. Sollte ein solcher Vorschlag angenommen werden, so glaubt man, daß durchaus keine Gefahr für die Grenzen vorhanden zu machen. Dieser Antrag kam zur Annahme.

Mittwoch abend haben Vertreter aller fremdsprachigen Kirchengemeinden Omahas im Sinne des Missionsvereins eine Versammlung abgehalten und beschloffen, Vertreter nach Lincoln zu senden, um in einem Kautus der Abgeordneten und Senatoren von Douglas County ihre Wünsche in der Sprachfrage zu unterbreiten. Vertreter von über 3000 Familien waren in der Versammlung betreten. Die folgenden Herren sind heute morgen nach Lincoln zu dem Kautus abgereist, die Herren Leo Hoffmann und Wilhelm Stenberg als Vertreter der deutschen Katholiken, die Herren Viktor Cito und Chas. Sherman als Vertreter der deutschen Lutheraner, Pastor Osterholm und Nels Thorson als Vertreter der Schweden, Advokat Botava und Jas. Pablik als Vertreter der Böhmern, Rev. Vater Kalamaja und Vater Glaba als Vertreter der Polen; auch die Italiener, Lithauer usw. waren durch Abgeordnete vertreten. Diese Herren werden die Debatte über die Schulvorlage unterstützen, weshalb der religiöse Unterricht in der Muttersprache gestattet werden sollte, und beantragte deshalb, diese Vorlage nächsten Montag zum Spezialgesetz zu machen.

Kopenhagen, 21. Feb. — Eine Berliner Depesche besagt, die Alliierten drohen, die im Ruhrgebiet befindlichen Kohlengebiete zu besetzen, sollte der Streik der Spartakusleute einen Kohlenmangel auf dem westlichen Kontinent herbeiführen.

Weimar, 21. Feb. — Die deutsche Regierung ist über die Lage der Dinge im Rheinland besorgt, weil die Spartakusleute und andere Radikale sich mit dem Vorhaben, sofort soziale Reformen einzuführen, nicht zufrieden geben. Man fürchtet, daß es zum Kampfe kommen wird.

Am Haag, 21. Feb. — Im Ruhrgebiet ist es wieder zwischen Aufständischen und Regierungstruppen zum Kampfe gekommen; so melden aus Essen eingetroffene Depeschen. Mehr Truppen sind nach dem Schenckplatz der Kämpfe abgegangen. Es heißt, daß 35 Bergwerke infolge des Streiks geschlossen sind.

Berlin, 19. Feb. (Berzögert.) — Vier eingetroffene Meldungen besagen, daß der allgemeine Streik in verschiedenen Teilen des Landes an Ausdehnung gewinnt. Bei einem Aufstand der Spartakus in Hannover wurden acht Personen getötet und viele verwundet. Auch in Elberfeld, Gelsenkirchen und Saarbrücken kam es wieder zu Demonstrationen. In Braunschweig drangen 100 Besatzungstruppen in das Parlamentengebäude ein, zerstörten das Mobiliar und begruben den Präsidenten der Körperlichkeit unter den Trümmern. Zwei volle Stunden lang dauerten die wütenden Szenen; alle Mitglieder des Parlaments flüchteten.

Basel, 21. Feb. — Aus hier eingetroffenen Depeschen geht hervor, daß die Unruhen in Deutschland im Zunehmen begriffen sind. Nachdem die Spartakus, so heißt es, die Bahnverbindung zwischen Elberfeld und Spa unterbrochen hatten, trafen Regierungstruppen in Elberfeld ein und vertreiben die Aufständischen; 17 der Letzteren wurden getötet und 38 verwundet. Spartakus besetzten Bayreuth und zwangen den Bürgermeister, zu resignieren. Regierungssoldaten sind südlich von Lippe und östlich von Bochum konzentriert worden.

Berlin, 21. Feb. — Vier eingetroffene Depeschen besagen, daß 60 meuternde, mit Handgranaten versehene Motoren das Regierungsgelände in München angriffen, aber von Regierungstruppen vertrieben wurden.

Bern, 21. Feb. — Die kommunistisch gesteuerten Kohlenräder im Ruhrgebiet haben beschloffen, nicht eher zur Arbeit zurückzukehren, bis die gegenwärtige deutsche Regierung gestürzt ist. 120,000 Mann befinden sich am Streik. So meldet die Frankfurter Zeitung.

Frankreich und Belgien erhalten Eigentum zurück.

Basel, 21. Feb. — Die deutsche Nationalversammlung hat beschloffen, das industrielle Material, das von Frankreich und Belgien nach Deutschland geschleppt wurde, wieder zurückzugeben. So lautet eine Depesche aus Weimar.

Krieg gegen Polen eingestellt.

Berlin, 20. Feb. (Berzögert.) — In Uebereinstimmung mit den neuen Waffenstillstandsbedingungen sind die Feindseligkeiten gegen die Polen eingestellt. So wird offiziell gemeldet.

Prinz Joachim verhaftet.

Kopenhagen, 21. Feb. — Einer Münchener Depesche zufolge soll Prinz Joachim, jüngster Sohn des Kaisers, in Belgien verhaftet worden sein.

Die Junker heftig angegriffen.

Weimar, 21. Feb. — Die weibliche Abgeordnete Frau Marie Zisch, von den Mehrheitssozialisten in Berlin erwählt, hielt ihre erste Rede und übertrug ihre Zuhörer mit einem heftigen Angriff auf von Rosadowitz-Belmer und die übrigen konservativen Delegaten. Sie sollte den Anforderungen des Sozialismus, Deutschland eine stabile Regierung zu geben, hohes Lob. Sie an den

Den Ausschlag gaben schließlich Minenwerfer, unter deren entsetzlicher Wirkung die Vorderfront des Hauses zerbrach und ein Hinterfüßel teilweise vernichtet wurde. Am Freitag nachmittag begannen zuerst die Vorpostengefechte, als im Umkreis von mehreren Kilometern das ganze Zeitungsgebiet hermetisch durch Truppen abgeperrt wurde. Sobald die Belagerung des „Vorwärts“ und deren Umbau in den anderen Stadtvierteln diese Vorbereitungen bemerkten, brachen sie mit schweren Kanonen und Panzerautos durch und führten den Belagerern noch eiligst Proviant, Munition und benötigte Verstärkungen zu. Gegen 8 Uhr abends war die Sperrung vollständig. Zugleich aber hatten die Belagerer ihre Vorposten die ganze Lindenstraße vom „Vorwärts“ aus an die Zeitschriften bis zum Galleschen Tor vorgeschoben, und dieses, welches die spätere Einfallsporte darstellte, besetzt. Hier entspann sich der erste schwere Kampf mit den von der Vögelers-Allianz her über den Spreekanal und die Vögelersbrücke anrückenden Truppen, die bisher in der Dragonerkaserne nahe dem Kreuzberg verborgen gehalten. Erst nachdem die Geschütze und Minenwerfer in Tätigkeit getreten, vernichteten die Gardebataillonen zwischen den beiden flankierenden Lorgebäuden einzudringen.

Maschinengewehre auf Dächern.

Nun galt es, den dahinter liegenden Vögelers-Allianzplan zu erobern, was auf den Hausdächern und in den Gassenpartakistischen Maschinenabwehrstellungen sich wütend vorbereitete. Endlich waren die Angreifer im Vorankommen von anderen näheren Truppen her ebenfalls über die Dächer hinweg den Aufständischen auf den Leib gerückt und hatten sie vom Vögelers-Allianzplan soweit weggedrängt, daß die Regierungstruppen unten den Platz und oben die Dächer beherrschten. So dann wüdete der Kampf von Haus zu Haus die ganze Lindenstraße entlang.

Schwerverwundeten in Steltern.

Ein Stoßtrupp der Potsdamer Gardebataillone hatte sich, gebett durch Maschinenabwehrfeuer, bis zum „Vorwärts“-Haus durchgearbeitet und forderte dessen Uebergabe, die sofort bewilligt wurde. Darauf traten, nachdem es hell genug zum Zielen geworden, zwei schwere Minenwerfer in Tätigkeit, die insoweit auf dem Vögelers-Allianzplan aufgestellt waren, gleich der erste Wurf war ein Treffer auf das Dach des Vorderhauses des „Vorwärts“ und bald bis zum Keller durch, wo die Verteidiger ihre

Die Burney Bill, die alle Pfarr- und Privatschulen unter vollständige Kontrolle des Staates stellt, einstimmig zur dritten Lesung bearbeitet. Die Vorlage betreffs des Sprachunterrichts kommt nächsten Montag zur Debatte. — Heute findet ein Kautus der Delegaten von Douglas County statt, in welchem alle fremdsprachigen Kirchengemeinden Omahas Gerechtigkeit fordern werden.

Lincoln, 21. Feb. — Donnerstag vormittag fand im Abgeordnetenhaus der Legislatur eine der wichtigsten Debatten in dieser Sitzung statt. Es handelte sich um die Burney Bill, Hausrolle No. 64, welche die Pfarrschulen der vollständigen Kontrolle des Staates unterstellt. Die Hauptbestimmungen der Bill sind: Alle Privat- und Parochialschulen und alle Lehrer, die darin Unterricht geben, sollen unter die Kontrolle der allgemeinen Schullage dieses Staates kommen, soweit diese Grade anbetreffen, die Sorte der Lehrbücher, die Ausstattung und Vorräte, die Qualifikation und Zertifizierung der Lehrer, die Beförderung der Schüler, und die allgemeine Kontrolle durch die Staats-County- und Stadt-Superintendenten der öffentlichen Schulen.

Nach heftigen Kampf wurde nur ein Amendement zur Vorlage angenommen, darin bestehend, daß die Lehrer der Pfarrschulen Gelegenheit erhalten, ihre Zertifikate bis zum 1. September 1919 zu erlangen.

Die Stimmung des Hauses ging gleich zu Anfang der Debatte durch die einstimmige Verwerfung des Amendements hervor, welches die Katholiken eingereicht hatten; ebenfalls durch die Verwerfung eines Amendements, das Sturmbesuch eingereicht hat. Sturmbesuch ergreift die Gelegenheit, um eine glänzende Verteidigungsrede für die Pfarrschulen zu halten, besonders verteidigte er den Patriotismus derselben. Es mußte aber alles nichts. Das Haus vor keinen Argumenten zugänglich. Aufstehend hatte man sich im Voraus fest entschlossen, auf kein Argument gegen die Bill zu hören.

Reynolds von Douglas County vertritt in der Nachmittags-Sitzung ein Amendement durchzubringen, das die Vorschriften bezüglich der Lehrbücher milderte, aber auch er drang nicht durch.

Crawford von Cherry County wollte den Lehrern mehr Zeit gegeben haben, um ihre Zertifikate zu erlangen, aber sein Amendement wurde nicht einmal unterfüttert.

Das von den Katholiken unterbreitete Amendement wurde gleich zu Anfang der Debatte von Vance von Adams County eingereicht, Brynne von Franklin County war der erste, der diesem Amendement opponierte. Er behauptete, das Komitee habe die Sache wohl erwogen und jetzt das Amendement anzunehmen, heiße die Redlichkeit der Mitglieder des Erziehungsausschusses angreifen. Er sagte, die Leute, die dieses Amendement eingereicht haben, wollen kein Gesetz, sie wollen nur Politik.

Maurer von Gage County wollte Statistiken verlesen, bezüglich der Vorlage, doch hat ihm das Haus diese Gelegenheit verweigert, indem man ihn flüchtig zur Geschäftsordnung nahm.

Weske von Dole County forderte die Annahme der Vorlage mit den Worten: „Das Komitee hat gute Amerikanisierungsarbeit getan. Laßt uns dieselbe bestärken.“

Kurz vor Schluß der Debatte beantragte Follett, die Vorlage an das Komitee zurücküberweisen, um weiter beraten zu werden. Dieser Antrag wurde mit 72 gegen 10 Stimmen verworfen. Das zeigte, woher der Wind wehte, und als der Antrag zur Abstimmung kam, die Bill zur dritten Lesung zu beordern, gleichbedeutend mit ihrer Annahme, wurde derselbe einstimmig angenommen. Die Vorlage wird wahrscheinlich Samstag morgen zur Annahme kommen.

Das Haus sollte sich Donnerstag auch mit der Sprachvorlage, Senate Bill No. 24, befassen, der bekannten Simon Bill, die allen fremdsprachigen Unterricht verbietet, doch nahm die Debatte über die Schulvorlage alle Zeit in Anspruch. Der Abgeordnete von Douglas County beantragte deshalb, diese Vorlage nächsten Montag zum Spezialgesetz zu machen.

Paris, 21. Feb. — Vertreter der alliierten europäischen Großmächte haben eine gemeinsame Erklärung an den Präsidenten Wilson, an Bord des George Washington, gebracket, wonach Deutschland und dessen Verbündeten sämtliche Kriegskosten zu bezahlen haben. Herr Wilson hatte diesem Vorstoß, als er im Obersten Kriegsrat zur Sprache kam, opponiert und erklärt, daß es unmöglich sei, eine derartige hohe Summe zu bezahlen und daß die Waffenstillstandsbedingungen jener Vorstöße, die nur der angerichtete Schaden vergütet werden soll.

Die Alliierten behaupten, daß dies eine falsche Auffassung der Waffenstillstandsbedingungen sei. In Wirklichkeit fordern die Vertreter der Großmächte den Präsidenten auf, diese Frage endgültig zu entscheiden. Die Ansicht der amerikanischen Delegaten geht dahin, daß die von Deutschland und dessen Verbündeten zu entrichtende Summe, die sie in einer möglichen Reihe von Jahren zu zahlen imstande sind, auferlegt werden soll. Das soll dann die Grundlage zur Beilegung der Geldschindfrage bilden. Der Präsident und die übrigen amerikanischen Delegaten opponieren einer Festschließung Deutschlands durch eine enorme Schuldenlast, die zu bezahlen es nicht innerhalb 50 vielleicht nicht in 100 Jahren fähig wäre.

Das deutsche Volk würde dadurch verflucht werden; die Ansicht der amerikanischen Delegaten geht dahin, daß Deutschland binnen zehn oder fünfzehn Jahren die Entschädigungssumme bezahlen soll.

Belgien, so heißt es, sieht auf Seiten Amerikas. Diese Frage wird als die schwierigste betrachtet, mit welcher sich die Konferenz zu befassen hat. Ist dieselbe erst mal beigelegt, dann dürfte man sich auf alles andere verhältnismäßig leicht einigen.

Die Frage der deutschen Wehrkraft. Die Frage, ob man Deutschland erlauben solle, Männer weiter zum Militärdienst auszubilden, und dieselben für den Kriegsdienst weiter auszubilden, wird wahrscheinlich vom Rate der Liga der Nationen bestimmt werden, wie auch die ganze Frage der Militärpflicht, und des Verweidens von Landbooten im Krieg und der Flotten der Welt im allgemeinen. Eine Bestimmung, welche wahrscheinlich unter Artikel 12 der Konstitution der Liga der Nationen geregelt wird ist die Aufhebung der Militärpflicht für Deutschland für eine Zeit von wenigstens zehn Jahren. Sollte ein solcher Vorschlag angenommen werden, so glaubt man, daß durchaus keine Gefahr für die Grenzen vorhanden zu machen. Dieser Antrag kam zur Annahme.

Mittwoch abend haben Vertreter aller fremdsprachigen Kirchengemeinden Omahas im Sinne des Missionsvereins eine Versammlung abgehalten und beschloffen, Vertreter nach Lincoln zu senden, um in einem Kautus der Abgeordneten und Senatoren von Douglas County ihre Wünsche in der Sprachfrage zu unterbreiten. Vertreter von über 3000 Familien waren in der Versammlung betreten. Die folgenden Herren sind heute morgen nach Lincoln zu dem Kautus abgereist, die Herren Leo Hoffmann und Wilhelm Stenberg als Vertreter der deutschen Katholiken, die Herren Viktor Cito und Chas. Sherman als Vertreter der deutschen Lutheraner, Pastor Osterholm und Nels Thorson als Vertreter der Schweden, Advokat Botava und Jas. Pablik als Vertreter der Böhmern, Rev. Vater Kalamaja und Vater Glaba als Vertreter der Polen; auch die Italiener, Lithauer usw. waren durch Abgeordnete vertreten. Diese Herren werden die Debatte über die Schulvorlage unterstützen, weshalb der religiöse Unterricht in der Muttersprache gestattet werden sollte, und beantragte deshalb, diese Vorlage nächsten Montag zum Spezialgesetz zu machen.

Sloan gegen die Liga, wie früher den Krieg

Washington, 21. Feb. — In einem Interview ließ sich Senator Sloan von Nebraska des weiteren über seine Stellungnahme zum Kriege und zur Völkerliga aus. „Meine Rede, die meine Ablehnung gegen den Krieg motivierte, ist recht lesbar geworden“, sagte Herr Sloan, „wenn man Senatoren heute anhört, die für meinen Eintritt in den Krieg stinnten.“

Der Senator ist der Ansicht, daß unser Volk zu realisieren beginnt, was den Krieg verurteilt und warum wir in den Krieg eintraten. Er meint, daß wir zu große Verpflichtungen übernehmen, wenn wir uns in europäische Verhältnisse einmischen. Er habe alles dies im Voraus gewußt. Er habe damals geglaubt, und sei noch immer derselben Ansicht, daß Präsident Wilson der ihm gestellten Aufgabe nicht gewachsen sei.

Was die Völkerliga anbetreffe, so glaube er nicht, daß etwas Gutes das Resultat sein würde, und daß wir uns nur Verdruß und Unannehmlichkeiten bereiten, wenn wir der Liga beitreten.

Seine Ansichten sind typisch für die vieler anderer republikanischer Senatoren, die alle glauben, die Nation auf ihrer Seite zu haben. Zweifellos wird nach Antritt des Präsidenten dies noch an Intensität zunehmen.

Als Anarchisten verhaftet.

Seattle, Wash., 21. Febr.—28 Männer wurden in Haft genommen und sitzen im Gefängnis, um ihren Prozeß abzuwarten wegen ihrer Beteiligung an dem Streik der organisierten Arbeiter. Sechs weitere Verhaftungen, unter denselben Umständen, sollen noch vorgenommen werden.

Truppen gegen Aufrührer.

Amsterdam, 21. Febr.—Marschall Foch hat die Erlaubnis gegeben, daß die deutsche Regierung Truppen in einem jezt Kilometer breiten neutralen Distrikt zur Unterdrückung von Aufrührern verwenden dürfe. Diese Erlaubnis bedingt sich auf Köln, einschließlich von Talsfeld und die Rheinlande bis nach Sornheim. So meldet eine Depesche aus Brüssel.

Kopenhagen, 21. Feb. — Eine Berliner Depesche besagt, die Alliierten drohen, die im Ruhrgebiet befindlichen Kohlengebiete zu besetzen, sollte der Streik der Spartakusleute einen Kohlenmangel auf dem westlichen Kontinent herbeiführen.

Weimar, 21. Feb. — Die deutsche Regierung ist über die Lage der Dinge im Rheinland besorgt, weil die Spartakusleute und andere Radikale sich mit dem Vorhaben, sofort soziale Reformen einzuführen, nicht zufrieden geben. Man fürchtet, daß es zum Kampfe kommen wird.

Am Haag, 21. Feb. — Im Ruhrgebiet ist es wieder zwischen Aufständischen und Regierungstruppen zum Kampfe gekommen; so melden aus Essen eingetroffene Depeschen. Mehr Truppen sind nach dem Schenckplatz der Kämpfe abgegangen. Es heißt, daß 35 Bergwerke infolge des Streiks geschlossen sind.

Berlin, 19. Feb. (Berzögert.) — Vier eingetroffene Meldungen besagen, daß der allgemeine Streik in verschiedenen Teilen des Landes an Ausdehnung gewinnt. Bei einem Aufstand der Spartakus in Hannover wurden acht Personen getötet und viele verwundet. Auch in Elberfeld, Gelsenkirchen und Saarbrücken kam es wieder zu Demonstrationen. In Braunschweig drangen 100 Besatzungstruppen in das Parlamentengebäude ein, zerstörten das Mobiliar und begruben den Präsidenten der Körperlichkeit unter den Trümmern. Zwei volle Stunden lang dauerten die wütenden Szenen; alle Mitglieder des Parlaments flüchteten.

Basel, 21. Feb. — Aus hier eingetroffenen Depeschen geht hervor, daß die Unruhen in Deutschland im Zunehmen begriffen sind. Nachdem die Spartakus, so heißt es, die Bahnverbindung zwischen Elberfeld und Spa unterbrochen hatten, trafen Regierungstruppen in Elberfeld ein und vertreiben die Aufständischen; 17 der Letzteren wurden getötet und 38 verwundet. Spartakus besetzten Bayreuth und zwangen den Bürgermeister, zu resignieren. Regierungssoldaten sind südlich von Lippe und östlich von Bochum konzentriert worden.

Berlin, 21. Feb. — Vier eingetroffene Depeschen besagen, daß 60 meuternde, mit Handgranaten versehene Motoren das Regierungsgelände in München angriffen, aber von Regierungstruppen vertrieben wurden.

Bern, 21. Feb. — Die kommunistisch gesteuerten Kohlenräder im Ruhrgebiet haben beschloffen, nicht eher zur Arbeit zurückzukehren, bis die gegenwärtige deutsche Regierung gestürzt ist. 120,000 Mann befinden sich am Streik. So meldet die Frankfurter Zeitung.

Frankreich und Belgien erhalten Eigentum zurück.

Basel, 21. Feb. — Die deutsche Nationalversammlung hat beschloffen, das industrielle Material, das von Frankreich und Belgien nach Deutschland geschleppt wurde, wieder zurückzugeben. So lautet eine Depesche aus Weimar.

Krieg gegen Polen eingestellt.

Berlin, 20. Feb. (Berzögert.) — In Uebereinstimmung mit den neuen Waffenstillstandsbedingungen sind die Feindseligkeiten gegen die Polen eingestellt. So wird offiziell gemeldet.

Prinz Joachim verhaftet.

Kopenhagen, 21. Feb. — Einer Münchener Depesche zufolge soll Prinz Joachim, jüngster Sohn des Kaisers, in Belgien verhaftet worden sein.

Die Junker heftig angegriffen.

Weimar, 21. Feb. — Die weibliche Abgeordnete Frau Marie Zisch, von den Mehrheitssozialisten in Berlin erwählt, hielt ihre erste Rede und übertrug ihre Zuhörer mit einem heftigen Angriff auf von Rosadowitz-Belmer und die übrigen konservativen Delegaten. Sie sollte den Anforderungen des Sozialismus, Deutschland eine stabile Regierung zu geben, hohes Lob. Sie an den